

Hamburger Sparpläne bedrohen die kulturelle Grundversorgung

Deutscher Kulturrat fordert den Hamburger Senat auf, eine Kehrtwende einzuleiten

Berlin, den 24.09.2010. Nach dreitägiger Beratung hat der Hamburger Senat sein Sparpaket vorgelegt. Im Kulturretat sollen im kommenden Jahr allein ca. 6,8 Millionen Euro eingespart werden.

Diese drastischen Einsparungen schlagen sich auf die Kulturlandschaft der Elbmetropole dramatisch nieder. Das **Altonaer Museum** steht kurz vor der **Liquidierung**. Der Senat erhofft sich so **Einsparungen von 3,5 Millionen Euro**. Eine Milchmädchenrechnung, denn Personalkosten laufen aufgrund der Verträge zuerst einmal weiter.

Weitere **Millionen Kürzungen** kommen auf die **Bücherhallen** zu, **Privattheater** und **Elbphilharmonie** sehen finanziell schweren Zeiten entgegen. Und auch das **Schauspielhaus** wird mit erheblichen Kürzungen konfrontiert. **1,2 Millionen Euro** werden im nächsten Jahr gestrichen. Neben diesen massiven Einschnitten im Bereich der Kultur soll die sogenannte „**Kultursteuer**“ dafür sorgen, dass Geld in die leeren Kassen gespült wird. Die Verantwortlichen versprechen sich **jährliche Einnahmen von 10 Millionen Euro**.

Die Einnahmen durch die „Kultursteuer“, gespeist aus einem Zuschlag auf Übernachtungsgebühren in Hamburger Hotels, sollen zu drei Vierteln u.a. in Festivals oder Ausstellungen fließen. Ein Viertel soll zur Verbesserung des Marketings und des Kulturtourismus genutzt werden. Während die kulturelle Grundversorgung in Hamburg stark zurückgefahren wird, investiert die Stadt in den Tourismus.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Was in Hamburg passiert, ist nicht nur grob fahrlässig, es ist der systematische Ausverkauf von Teilen der Kultur. Kürzungen in dieser Höhe und die Schließung eines Traditions museums in der Stadt kommen einem Kultur-Harakiri gleich. Das Aushängeschild des Altonaer Museums sind Angebote für Kinder und Jugendliche. Die Schließung dieses Hauses ist daher besonders unverständlich. Kulturangebote, die sich an eine breite Bevölkerungsschicht richten, werden buchstäblich weggespart. Projekte, die für den Tourismus attraktiv sind, werden begünstigt. Mit dieser Strategie beendet der Senat seine bisherige Schwerpunktsetzung auf das Thema kulturelle Bildung.“